

NACHRICHTEN

«Sie wollten im Fahrzeug sterben»

Zürich – Der Generalsekretär der Sterbehilfe-Organisation Dignitas, Ludwig A. Minelli hat gestern in der SF-Sendung «Arena» seine Sicht der Dinge dargelegt. Die beiden Personen, die auf einem Parkplatz in den Tod begleitet wurden, hätten dies ausdrücklich gewünscht. «Sie wollten ihr Leben nicht in einem anonymen Hotelzimmer beenden, sondern in bekannten Räumen, ihren eigenen Fahrzeugen», so Minelli. Die Frage der Würde könne nur der betroffene Mensch selbst beantworten. Ständerat Hansruedi Stadler (CVP, Uri) hielt an seiner Meinung fest und bezeichnete das Sterben auf diese Weise als «menschenverachtend und unwürdig.» (pri)

100 000 Franken für Keckeis-Buch

Bern – Die Schweizer Armee hat 100 000 Franken bezahlt, um Bücher zur Bilanz ihres Chefs Christophe Keckeis zu erwerben. «Hätten wir das Buch selber produziert und finanziert, wäre die Rechnung höher ausgefallen», schätzte Philippe Zahno, Kommunikationschef und Co-Autor des Werks. Konkret kaufte die Armee 5000 Exemplare des Buches. Die Bücher sollen an Offiziere verteilt werden. (sda)

Höhere Steuern für schädliche Autos

St. Gallen – Die Kantone wollen bei der Ausarbeitung einer Umweltetikette für Autos mitreden. Sie sind gestern übereingekommen, dass sie bei der Besteuerung von Motorfahrzeugsteuern nach ökologischen Kriterien zusammenarbeiten wollen. Die Polizeidirektoren seien an einfachen Kriterien zur Einführung eines Bonus-Malus-Systems interessiert, sagte der Thurgauer Regierungsrat Claudius Graf-Schelling. (sda)

Ded Gecaj

Lehrermörder kommt zurück

ap. Der mutmassliche Lehrermörder Ded Gecaj soll vom Kosovo an die Schweiz ausgeliefert werden. Dies hat ein erstinstanzliches Gericht entschieden. Gecaj, der sich in der Schweiz wegen Mordes und Missbrauchs seiner Tochter verantworten soll, hat aber bereits Berufung gegen den Entscheid eingelegt.

Das zuständige Gericht im Kosovo hat die Auslieferung bewilligt, wie das Bundesamt für Justiz (BJ) gestern mitteilte. Der Entscheid ist allerdings noch nicht rechtskräftig, da Gecaj Berufung eingelegt hat. «Der erstinstanzliche Entscheid bestätigt unsere vorsichtige optimistische Einschätzung», sagte BJ-Sprecher Folco Galli. Es sei das Bestreben der St. Galler Staatsanwaltschaft, Gecaj vor Gericht zu bringen. Gecaj war Ende 2000 bereits von einem serbischen Gericht zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt und unmittelbar nach dem Schuldspruch wieder freigelassen worden. Diese milde Beurteilung war für die St. Galler Behörden aber nicht akzeptierbar. Sie wollen Gecaj wegen Mordes und nicht bloss wegen Totschlags vor Gericht bringen. Zudem sind die mutmasslichen Sexualdelikte gegenüber der Tochter noch nicht gerichtlich beurteilt worden.

Flucht nach der Tat

Gecaj hatte am 11. Januar 1999 eine Aussprache mit dem damals 37-jährigen St. Galler Reallehrer Paul Spirig verlangt und den zweifachen Familienvater anschliessend im Besprechungszimmer erschossen. Nach der Tat flüchtete Gecaj in sein Heimatland. Bei einer Befragung durch die dortigen Behörden hatte er die Tötung des Lehrers gestanden, jedoch geltend gemacht, der Lehrer habe seine Tochter missbraucht. Laut den Ermittlungen der St. Galler Strafverfolgungsbehörden hatte der Lehrer von der körperlichen Misshandlung der Tochter gewusst und auch den Verdacht gehabt, dass das Mädchen von seinem Vater sexuell missbraucht worden war.

Adelheid Bürgi-Schmelz, Direktorin Bundesamt für Statistik (BFS)

EU verlangt eine Daten-Lawine

Die Schweiz wird künftig noch mehr Statistiken machen müssen. Statistikerin Bürgi äussert sich zur zunehmenden Bürokratie und zur nächsten Volkszählung.

INTERVIEW VON JÜRIG AUF DER MAUR

Firmen und KMU klagen über zu viel Bürokratie. Was tut das Bundesamt für Statistik dagegen?

Adelheid Bürgi-Schmelz: Wir führen ein Betriebs- und Unternehmensregister, indem alle Firmen enthalten sind. Damit können die Unternehmen im Verkehr mit Behörden wesentlich effizienter arbeiten.

Das hilft gegen die Bürokratie?

Bürgi-Schmelz: Ja, denn künftig soll das, was bereits in anderen Registern enthalten ist, nicht mehr zusätzlich mit Formularen direkt bei den Betrieben erfragt werden. Ganz ohne zusätzliche Erhebungen wird es aber nicht gehen. Wir werden auch in Zukunft einzelne Daten noch mittels Formularen beschaffen müssen.

Die Belastung gerade für die KMU wird also kleiner?

Bürgi-Schmelz: Tendenziell ist das so. Ich will aber keine falschen Erwartungen wecken. Die Vereinbarungen, die wir mit den bilateralen Verträgen mit der EU eingegangen sind, führen dazu, dass die Schweiz deutlich mehr Daten liefern muss als bis anhin.

Wie viele konkret?

Bürgi-Schmelz: Vieles, was in der EU quartalsweise oder gar monatlich erhoben wird, hat die Schweiz bis anhin einmal pro Jahr bei den Unternehmen erfragt. Wenn wir also den Befragungsrhythmus erhöhen, würde das eine eigentliche Lawine auslösen.

Ihnen sind die Hände gebunden?

Bürgi-Schmelz: Wir werden alles daran setzen, weniger Daten erheben zu müssen. Ich sehe im Moment aber noch nicht, dass die Belastung für die Schweizer Firmen gegenüber heute kleiner werden könnte. Wir müssen schon froh sein, wenn es uns gelingt, den Aufwand-Zuwachs in Grenzen halten zu können. Immerhin: Die Betriebszählung 2008 wird

wahrscheinlich das letzte Mal per Fragebogen durchgeführt. 2011, werden wir uns dann voll auf die vorhandenen Betriebsregister abstützen können.

Haben die bilateralen Verträge noch andere Auswirkungen für die Statistik?

Bürgi-Schmelz: Es sind Anpassungen nötig, damit unsere Daten mit jenen der anderen Länder Europas besser vergleichbar werden. Mit den bilateralen Verträgen haben wir beispielsweise

weise abgemacht, dass wir die gleichen Kriterien für die Berechnungen der Preise anstellen, wie sie die EU/Eftaländer schon heute kennen. Das führt dazu, dass wir künftig nicht mehr Äpfel mit Birnen vergleichen müssen.

«Die Kriminalstatistiken sind ein Ärgernis.»

Die Schweiz gilt schon heute als Hochpreisland. Werden die neuen Preisberechnungen die Differenz zur EU noch deutlicher werden lassen?

Bürgi-Schmelz: Auf die Preise hat die ganze Umstellung keinen Einfluss. Es geht wie gesagt primär um die bessere Vergleichbarkeit. Wir gehen aber nicht davon aus, dass die Schweiz deswegen auch nur «scheinbar» billiger wird.

Die Volkszählung 2010 steht vor der Tür. Die Vorbereitungen beginnen. Was erwarten Sie von Gemeinden und Kantonen?

Bürgi-Schmelz: Kantone und Gemeinden müssen nicht mehr Personal rekrutieren, das mit den Fragebogen von Haus zu Haus geht. Sie müssen säumige



Adelheid Bürgi-Schmelz an den Statistiktagen in Luzern.

BILD PHILIPP SCHMIDLI

EXPRESS

- Diese Woche fanden in Luzern die internationalen Statistiktage statt.
- Die BFS-Direktorin sieht Mehrarbeit auf die Unternehmen zukommen.

Mitbürger, die die Bögen nicht ausfüllen, auch nicht mehr mahnen oder im schlimmsten Fall wie bis anhin büssen. Aber sie haben trotzdem sehr viel zu tun. Sie müssen die Personenregister überarbeiten, und auch bei den Gebäude- und Wohnungsregistern wartet viel Arbeit auf sie. Ich gehe aber davon aus, dass sie da voll mitmachen.

Was die Leute nicht begreifen, sind die Kriminalitätsstatistiken, die von Kanton zu Kanton anders sind und deshalb fast keine Vergleiche zulassen.

Bürgi-Schmelz: Das ist wirklich ein Ärgernis, und da arbeiten wir daran. Primär gilt das kantonale Recht, sodass in einem Fall drei Leichen als ein Mord, im Nachbarkanton das gleiche Verbrechen aber als drei Morde gezählt wird. Aber man kann dennoch eine Vergleichbarkeit herstellen. Ich gehe davon aus, dass wir ab 2009 in der Lage sind, vergleichbare Angaben zur Kriminalitätsentwicklung machen zu können.

Wieso dauert es teilweise mehrere Jahre, bis das BFS offizielle Zahlen hat?

Bürgi-Schmelz: Mehrere Jahre ist eigentlich die Ausnahme. Aber es liegt auch nicht immer in unserer Hand, sondern es kommt darauf an, wie prompt wir die Zahlen von den Unternehmen erhalten. Bei den Logiernächten sind uns aber nun Fortschritte gelungen. Deswegen werden die Logiernächte seit diesem Jahr spätestens nach 30 Tagen publiziert.

Wieso dauert es bei den Unfallstatistiken aber so lange?

Bürgi-Schmelz: Das ist ein gutes Beispiel. Wir müssen hier Fristen einhalten. Es kann jemand nach einem Autounfall schwer verletzt sein und in der Folge sterben. Ist er nun ein Strassenverkehrstoter oder nicht? Das hängt von den Karenzfristen ab. In der Regel gilt es, 30 Tagen zu warten. Stirbt jemand vorher, gilt er als Verkehrstoter, sonst nicht. Für uns bedeutet das, dass wir solche Wartefristen abwarten müssen. Werden uns dann die Zahlen noch verspätet geliefert, resultieren zusätzliche, auch für uns ärgerliche Verzögerungen.

HINWEIS

► Adelheid Bürgi-Schmelz ist seit 2002 Direktorin des BFS. Die Bürgerin von Arth ist 50 Jahre alt. ◀

Neuer Leitfaden

Bern erlaubt Kopftuch an Schulen

Der Kanton Bern hat einen Leitfaden zu religiösen Symbolen in der Schule publiziert. Unklar sind die Empfehlungen zum Schwimmen.

sda. So steht im Leitfaden, eine Dispensation von einzelnen Fächern oder Unterrichtsinhalten mit Bezug auf die Religions-, Glaubens und Gewissensfreiheit sei grundsätzlich nicht möglich. Doch habe das Bundesgericht eine Primarschülerin vom gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht dispensiert. Wenn Eltern ein Dispensationsgesuch stellten, empfiehlt die Erziehungsdirektion, die Eltern zu einem Gespräch einzuladen «mit dem Ziel, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen».

Der achtseitige Leitfaden geht auch auf ausserschulische Anlässe, das Geschlechterverhältnis, religiöse Feiern und Festtage sowie Kleider ein. Der Kanton Bern erlässt indes keine Kleidervorschriften. Schülerinnen und Schüler dürften deshalb die jüdische

Kippa, Kopftuch, Kreuzfixe und religiös motivierte Frisuren tragen.

Bei hohen religiösen Feiertagen sind Schüler zu dispensieren. «Unter Umständen» sei es sinnvoll, Schulfeste oder Anlässe ausserhalb der Fastenzeiten – also etwa des muslimischen Ramadan – anzusetzen.

Zentralschweiz: Keine Gesetze

Auch andere Schweizer Kantone ha-

ben schon Leitfäden herausgegeben, etwa Basel-Stadt und Zürich. In den Zentralschweizer Kantonen bestehen keine entsprechenden Gesetze.

Der Bundesrat hat im Februar festgehalten, dass sich in der Schweiz Musliminnen in der Öffentlichkeit vollständig verschleiern dürfen. Ein Verbot der Burka im öffentlichen Raum sei aus grundrechtlichen und föderalistischen Gründen nicht möglich.

In Bern problemlos: Kopftuch tragen an der Schule. KEYSTONE



Von-Wattenwyl-Gespräche

Wenig Lust auf Zusammenarbeit

ap. Der Bundesrat hat an den gestrigen Von-Wattenwyl-Gesprächen keine aktuellen Dokumente zur Legislaturplanung vorgelegt und damit die Parteien irritiert. Sie sehen den Sinn der Gespräche in Frage gestellt. Auch unter den Parteien blieb der Wille zur Zusammenarbeit klein. «Der Bundesrat hat beschlossen, für die Von-Wattenwyl-Gespräche die Legislaturplanung 2007–2011 zu traktandieren», heisst es in der Ankündigung. Dass die Legislaturplanung dennoch nicht besprochen wurde, lag vorwiegend am Bundesrat, wie FDP-Präsident Fulvio Pelli sagte. Dieser habe Dokumente vom Juni 2007 geliefert. Es sei schwierig, über Inhalte zu diskutieren, wenn keine aktuellen Unterlagen zur Verfügung stünden.

Die Bundesratsparteien hätten das Gefühl, die Gespräche seien für den Bundesrat nicht mehr von grosser Bedeutung und würden nur noch als Informationsveranstaltung angesehen. Die Gespräche müssten weiterhin nützlich sein und dürften nicht zum Ritual verkommen, sagte Pelli. Deshalb soll bald eine Aussprache stattfinden.